

## Hohe Datenschutzstandards in ganz Europa

Wir PIRATEN fordern einheitlich hohe Datenschutzstandards in ganz Europa!

Die entstehende Grundverordnung zum Datenschutz der EU darf nicht zu einer Absenkung des Datenschutzes führen, sondern muss die Rechte der Bürger in allen europäischen Ländern stärken. Facebook entzieht sich zum Beispiel durch den Firmensitz in Irland einer wirksamen Kontrolle und Aufsicht.

Der direkte Zugriff auf persönliche Daten und live-Kommunikation europäischer Bürger im Internet durch Geheimdienste zeigt deutlich, dass auch auf internationaler Ebene großer Handlungsbedarf besteht.

Wir PIRATEN werden uns im Bundestag für einen **wirksamen europäischen Datenschutz** einsetzen.

## Informier Dich

<http://datenschutzpiraten.de/wahl2013>

## WAS GEHT MICH DAS AN?

ARBEITNEHMER?

GEZ-ZAHLER?

HANDY-NUTZER?

BANKÜBERWEISUNG?

URLAUBSREISEN?

FACEBOOK-NUTZER?

## DAS FORDERN DIE PIRATEN:

### Wir setzen uns ein für

- + die Durchsetzung der Grundrechte
- + ein starkes Beschäftigtendatenschutzgesetz

### Wir setzen uns ein gegen

- die zunehmende Überwachung privater Lebensbereiche
- die Bestandsdatenauskunft
- die Neuregelung der Rundfunkgebühr in der jetzigen Form
- die Vorratsdatenspeicherung
- INDECT und die Ausweitung der Überwachung
- das Abhören von Wohnungen und Telefonen, sowie das Ausspähen unserer Computer und Handys



**WWW.PIRATEN-ZUR-WAHL.DE**

Das ganze Wahlprogramm: <http://pir.at/wahlprogramm2013>

V.i.S.d.P: Bernd Schlömer, Piratenpartei Deutschland, Pflugstr. 9a, 10115 Berlin

WIR STEHEN IMMER  
FÜR DEN SCHUTZ  
DEINER DATEN



PIRATEN  
WÄHLEN

## Überwachung am Arbeitsplatz

Wir PIRATEN wollen Arbeitnehmer vor permanenter Überwachung schützen und die Persönlichkeitsrechte am Arbeitsplatz stärken. Deshalb setzen wir uns für ein **starkes Beschäftigtendatenschutzgesetz** ein!

## Meine Passwörter gehören mir!

Die Bundesregierung hat im Einklang mit der Opposition die sogenannte Bestandsdatenauskunft neu geregelt. Damit haben einige Behörden automatischen Zugriff auf Passwörter, PINs und PUKs von jedem von uns.

Sie können also auf unsere E-Mails, unsere Fotos, unsere Handys, unsere sozialen Netzwerke und unsere Online-Speicherdienste zugreifen, ohne dass wir das mitbekommen.

Wir PIRATEN gehen mit einer Sammel-Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen vor!

## GEZ-Gebühr mit Totalerfassung der Bevölkerung

Für den neuen Rundfunkbeitrag werden die Daten aller Einwohnermeldeämter mit dem Beitragsservice der Rundfunkanstalten abgeglichen.

Die Haushaltsabgabe führt auch dazu, dass vermerkt wird, wer mit wem zusammenwohnt, und zwar ohne unabhängige Kontrolle durch Datenschützer.

Wir PIRATEN fordern eine sofortige Änderung der neuen Regeln zur Rundfunkgebühr.

Den Abgleich mit staatlichen Melderegistern ohne unabhängige Aufsicht halten wir für unzulässig. Die Erfassung persönlicher Beziehungen muss unterbleiben. Stattdessen muss eine datenschutzfreundliche neue Regelung her!

## Nein zu Vorratsdatenspeicherung, Wohnungs- und Telefonüberwachung

Trotz erfolgreicher Verfassungsbeschwerde reißen die Versuche nicht ab, die Verbindungsdaten der Telefonate aller Bürger für 6 Monate zu speichern.

Wir PIRATEN sagen **Nein zur Vorratsdatenspeicherung**. Wer wann mit wem wie lange und von wo telefoniert, geht den Staat bei unbescholtenen Bürgern überhaupt nichts an! Die Anzahl der abgehörten Telefonate steigt jedes Jahr, aber eine wirksame Kontrolle von Abhörmaßnahmen fehlt bis heute.

Der Staat besitzt kein Grundrecht auf Überwachung, sondern jeder Bürger ein Grundrecht auf Privatsphäre!

Wir PIRATEN sagen NEIN zum Abhören von Wohnungen, von Telefonen und zum Ausspähen unserer Computer und Handys durch Spionagesoftware!

## Big Brother is watching you

Kanzlerin Merkel wünscht sich eine Ausweitung der Videoüberwachung auf allen öffentlichen Plätzen. Neue Techniken zur Gesichtserkennung sollen in beängstigenden Überwachungsprojekten wie INDECT eingesetzt werden.

Wir PIRATEN lehnen bürgerrechtsfreie Räume ab. **Der öffentliche Raum gehört allen Bürgern** gemeinsam und darf nicht permanent überwacht werden.

## MIT TRANSPARENZ HOLEN WIR UNS DIE KONTROLLE ÜBER UNSERE DATEN ZURÜCK!

## Wer verreist, ist verdächtig

Wer mit dem Flugzeug verreist, dessen Daten werden von der EU umfassend gespeichert und weitergegeben.

Ein Fluggastdatensatz umfasst bis zu 60 Einzeldaten von jedem Reisenden, darunter Kreditkarteninformationen, Essenspräferenzen, Informationen über den gesundheitlichen Zustand der Reisenden, Sitzplatzinformationen und vieles mehr.

In Zukunft soll das auf weitere Reisemittel wie Schiffe ausgeweitet werden.

Wir PIRATEN wenden uns auch hier entschieden **gegen eine anlaßlose Vorratsdatenspeicherung von Reisedaten**. Eine Weitergabe dieser Daten muss unterbleiben!

## Bankgeheimnis abgeschafft

Die Bundesregierung betreibt in Europa die schrittweise Abschaffung des Bankgeheimnisses. Überweisungsdaten werden an die USA übermittelt und dort unkontrolliert genutzt. Die Finanzämter machen heutzutage schon übermäßigen Gebrauch von ihren neuen Abfragemöglichkeiten bei den Bankkonten der Steuerzahler.

Wir PIRATEN meinen, es fehlt nicht an Finanzkontrolle beim normalen Bürger, sondern an **wirksamer Kontrolle der großen Finanzakteure**.

## Lebenslange Personenkennziffer

Mit der neuen Steuer-ID wird jedem Bürger mit Geburt eine Nummer zugeteilt, die er sein Leben lang behält.

Damit können, wie bei einem Payback-System, zahlreiche Informationen über eine Person verknüpft und ausgewertet werden. Ohne unser Wissen und ohne unser Einverständnis.

Wir PIRATEN setzen uns **für informationelle Selbstbestimmung** ein. Weder der Staat, noch die Wirtschaft, darf ohne unsere Zustimmung solche Datenprofile von uns aufbauen oder speichern.

## DAS FORDERN DIE PIRATEN:

### *Wir setzen uns ein für*

- + die Einführung eines bundesweit gesetzlichen Mindestlohns und Anpassung durch eine Expertenkommission
- + die Einsetzung einer Enquetekommission zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)
- + die gesamtgesellschaftliche Diskussion und einen Volksentscheid zum BGE
- + mehr betriebliche Mitbestimmung
- + die sofortige Verbesserung der Situation von Arbeitslosengeld II Empfängern durch Aussetzung & Abschaffung der Sanktionen
- + Begrenzung der Leiharbeit
- + Gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- + Gleiche Rechte für alle Arbeitnehmer in einem Betrieb
- + Keine Unterscheidung von Arbeitnehmern in Festanstellung, Leih- oder Zeitarbeit

### *Wir setzen uns ein gegen*

- Überwachung und Abhörung des Arbeitsplatzes
- die Weitergabe der Arbeitnehmerdaten
- die Sanktionen, die Bedürftigkeitsprüfung und die zu geringen Bezüge von Hartz IV



**WWW.PIRATEN-ZUR-WAHL.DE**

Das ganze Wahlprogramm: <http://pir.at/wahlprogramm2013>

V.i.S.d.P: Bernd Schlömer, Piratenpartei Deutschland, Pflugstr. 9a, 10115 Berlin

**SOZIAL  
IST, WAS  
WÜRDE  
SCHAFFT**



**PIRATEN  
WÄHLEN**

## **Informier Dich**

Wenn Du mehr darüber wissen möchtest, wie wir PIRATEN uns Sozialpolitik vorstellen, dann bekommst Du hier einen Überblick:

<http://sozialpiraten.piratenpartei.de/>

Das soziale Selbstverständnis der PIRATEN beschreiben wir im Abschnitt „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ unseres Grundsatzprogramms

<http://pir.at/existenz>

**KURZFRISTIG:  
MINDESTLOHN  
MITTELFRISTIG:  
DISKUSSION ZUM  
BEDINGUNGSLOSEN  
GRUNDEINKOMMEN  
LANGFRISTIG:  
VOLKSENTSCHEID**

## Mindestlohn als Brückentechnologie

Eine angemessene Bezahlung der geleisteten Arbeit ist ein Teil der Menschenwürde.

Wir PIRATEN setzen uns daher für die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohnes ein. Für fest Angestellte soll dieser im ersten Schritt 9,02 Euro betragen und für Aushilfen und befristet Beschäftigte 9,77 Euro.

Im zweiten Schritt fordern wir die Einrichtung einer Expertenkommission, welche den Mindestlohn ständig überwacht und anpasst.

**Ein Mindestlohn stärkt die Kaufkraft der Bürger und damit die heimische Wirtschaft.**

## Mehr betriebliche Mitbestimmung

Die PIRATEN werden die existierenden Mitbestimmungsrechte für Arbeiter und Angestellte verteidigen und wo notwendig weiter ausbauen. Wir wollen die Beteiligung der Mitarbeiter an den Entscheidungen des Unternehmens verbessern. Dies soll zu sozialen und nachhaltigen Entscheidungen, sowie mehr Innovationen führen.

## Begrenzung der Leiharbeit

Wir PIRATEN fordern einer **Besserstellung der Leiharbeit**: Maximal 10% der Beschäftigten dürfen als Leiharbeiter geführt werden, und diese Anstellung darf die Dauer von 6 Monaten nicht überschreiten. Wird die Stelle des Leiharbeiters über die 6 Monate hinaus benötigt, so muss der Arbeitnehmer beim tätigen Unternehmen angestellt werden.

## Das Bedingungslose Grundeinkommen

Wir benötigen ein neues Fundament für eine moderne Sozialpolitik:

Die heutige Arbeitswelt hat sich grundlegend verändert. Arbeiten bedeutet immer häufiger befristete Arbeitsverhältnisse, Werkverträge und Praktika – unterbrochen von Zeiten der Erwerbslosigkeit. Eine sichere, planbare und dazu attraktive Berufskarriere wird immer seltener.

Damit die Sorge um die gesicherte Existenz das Leben nicht ständig überschattet, muss ein sicheres Einkommen her – **das bedingungslose Grundeinkommen**.

Wir benötigen ein System, welches die Menschen verstehen und das ihnen auch hilft:

Das heutige Steuer- und Sozialsystem ist zu kompliziert und unüberschaubar. Viele Sozialleistungen, sowie die Steuerfreibeträge, werden durch das Grundeinkommen ersetzt. Dadurch entfällt unnötige Bürokratie. **Das Sozialsystem wird transparent, einfach und verständlich.**

Das Bedingungslose Grundeinkommen stellt eine grundlegende Weiterentwicklung des heutigen Sozialstaates dar:

Es soll die Existenz des Einzelnen diskriminierungsfrei absichern und im Gegensatz zur heutigen Grundversicherung (Hartz IV) auch die **Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen**. Jeder Mensch, egal ob klein oder groß, soll ein Grundeinkommen erhalten..

Das Bedingungslose Grundeinkommen stellt ein individuelles Recht darstellen, welches ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen, – bedingungslos – gegeben wird. Da es je nach Region unterschiedliche Lebenshaltungskosten gibt, wird es ergänzt um ein einkommensabhängiges Wohngeld ergänzt.

Unser Ziel ist es **Armut zu verhindern** und dafür zu sorgen, dass jeder eine faire Chance erhält Wohlstand aufzubauen.

## Sofortige Verbesserung des Arbeitslosengeld II

Das ALG II, von vielen auch „Hartz IV“ genannt, zwingt in seiner heutigen Form viele Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse und eine dauerhafte Abhängigkeit von staatlichen Leistungen.

Es bestraft Alleinerziehende und verhindert dass tausende von Kindern Zugang zu adäquater Bildung erhalten. Dies wird in der nahen Zukunft zu immenser Altersarmut führen.

Wir setzen uns für die sofortige Verbesserung der Situation der Betroffenen ein und fordern die **Aussetzung bzw. Abschaffung der Sanktionen bei Arbeitslosengeld II** (§§ 31, 32 SGB II, § 39 a SGB XII).

Die Diskriminierung, Überwachung und Kontrolle durch die Vorlage von Kontoauszügen der letzten drei Monaten, Wohnungsüberprüfungen von Haushalts- und Bedarfsgemeinschaften), Umzugseinschränkungen, usw. sind mit freiheitlichen Grundsätzen nicht vereinbar.

**FÜR EIN RECHT AUF  
SICHERE EXISTENZ  
UND GESELLSCHAFTLICHE  
TEILHABE**

**TEILEN  
IST DAS NEUE  
HABEN**



**DAS FORDERN DIE  
PIRATEN:**

### **Die Freiheit Aller**

Wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie Bildung haben Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Ebenso hat die Allgemeinheit ein Recht darauf, von ihr finanzierte Werke uneingeschränkt zu nutzen. Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das die Interessen der Allgemeinheit wahrt.

### **Stärkung von Bildung und Wissenschaft**

Bildung und Forschung haben einen besonderen Wert für die Gesellschaft, der über kommerzielle Interessen zu stellen ist. Daher setzen wir uns für eine vollständige Befreiung aller Bildungseinrichtungen von Urheberrechtsabgaben und die Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten in der Forschung ein. Ebenso müssen die Regelungen für Bibliotheken um die Nutzung von Werken in digitaler Form erweitert werden.

### **Freier Zugang zu staatlich finanzierten Werken**

Wir setzen uns für den freien uneingeschränkten Zugang zu allen Werken ein, die durch das Gemeinwesen finanziert wurden. Das betrifft staatlich finanzierte wissenschaftliche Werke, öffentlich geförderte Kunst, amtliche Werke und Produktionen der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten.

### **Wir setzen uns ein für**

- + das Gleichgewicht zwischen Urhebern, Rechteinhabern und der Allgemeinheit
- + die Reform des Urheberrechts
- + die Senkung des Urheberrechts auf höchstens 10 Jahre nach dem Tod des Urhebers
- + ein Recht auf Privatkopie und die Erstellung von Remixes und Mashups
- + die Legalisierung der Nutzung von Tauschbörsen
- + die Stärkung der Urheber gegenüber den Rechteinhabern und Rechteinhabern
- + mehr Rechte und Kontrolle der Urheber über ihre eigenen Werke
- + die Mediennutzung für Bildungseinrichtungen frei von Urheberrechtsabgaben
- + alternative Bezahl- und Finanzierungsmodelle für Urheber und Künstler
- + Veröffentlichung von Ämtern in Auftrag gegebener Werke

### **Wir setzen uns ein gegen**

- Kopierschutzmaßnahmen
- die Kriminalisierung von Nutzern



**WWW.PIRATEN-ZUR-WAHL.DE**

Das ganze Wahlprogramm: <http://pir.at/wahlprogramm2013>  
V.i.S.d.P: Bernd Schlömer, Piratenpartei Deutschland, Pflugstr. 9a, 10115 Berlin

**PIRATEN  
WÄHLEN**

## **Für ein modernes Urheberrecht**

Das Urheberrecht entspricht nicht mehr der Realität einer digitalisierten, vernetzten Welt. Die Interessen von Urhebern und der Allgemeinheit werden zugunsten der Rechteverwerter beschnitten. Gleichzeitig werden Chancen des digitalen Wandels nicht erkannt und stattdessen durch ein Festhalten an antiquierten Vorstellungen und Geschäftsmodellen die Freiheitsrechte gefährdet.

Wir streben eine Reform des Urheberrechts an, die einen fairen Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern ermöglicht, die sich aus dem technischen Fortschritt ergeben. Die Chancen nutzt und die Schaffung von Kunst, Kultur und Wissen auch in Zukunft fördert.

## **Urheberrecht statt Verwerterrecht**

Das heutige Urheberrecht führt trotz eines wachsenden Kulturgütermarktes nicht dazu, dass Urheber angemessen an den daraus entstehenden Einnahmen beteiligt werden. Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das sich an den Interessen der Urheber, nicht der Wirtschaft orientiert.

## **Stärkung von Urhebern**

Wir setzen uns für eine Stärkung von Urhebern gegenüber Rechteverwertern ein. Wir werden den Urhebern mehr Mitsprache einräumen, die Abtretung ihrer Rechte an Verwerter zeitlich und umfänglich begrenzen und ihr Zweitverwertungsrecht stärken.

## **Förderung neuer Vertriebsmodelle**

Im Internet entstandene neue Geschäftsmodelle im kreativen Bereich, wie z.B. Selbstvermarktung, Direktvertrieb, Micropayment, neue Lizenzformen oder Crowdfunding, machen Urheber unabhängiger von Verwertern. Wir werden diese Möglichkeiten fördern, mit denen Urheber bei freier Verfügbarkeit von Inhalten mit ihren Werken Einnahmen erzielen können.

## **Verkürzung von Schutzfristen**

Die Dauer der Schutzfristen von bis zu 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers ist nicht angemessen. Sie schränkt Nutzer und Kreative unverhältnismäßig ein. Dabei profitieren meist die Rechteinhaber - nicht die Urheber oder ihre Nachkommen. Wir setzen uns für eine Senkung der Schutzfristen auf höchstens 10 Jahre nach dem Tod des Urhebers ein.

## **Kreative Bearbeitung**

Die Schaffung abgeleiteter Werke ist ein kreativer Prozess, der nicht künstlich eingeschränkt werden darf. Wir werden nicht-kommerzielle Bearbeitungen, z.B. Remixes oder Mash-Ups, legalisieren und die Schranken für die freie Verwendung von Werken ausweiten.

## **Nutzerrechte sind Bürgerrechte**

Die Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen wird oft als Rechtfertigung für Maßnahmen verwendet, die in die Rechte der Bürger, deren Privatsphäre und Kommunikationsfreiheit eingreift. Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das Bürgerrechte vollumfänglich achtet.

## **Recht auf Privatkopie**

Das Recht auf Privatkopie muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir setzen uns für ein Verbot von Kopierschutzmaßnahmen ein, welche unverhältnismäßig in die Rechte ehrlicher Nutzer eingreifen. Ebenso werden wir den Weiterverkauf von Werken in digitaler Form entsprechend den Regelungen für gebrauchte Bücher, CDs usw. erlauben.

## **Privatsphäre geht vor**

Die Durchsetzung des Urheberrechts rechtfertigt keine Eingriffe in die Privatsphäre von Nutzern. Wir lehnen Telekommunikationsüberwachung als Mittel der Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen ab. Wir setzen uns ebenfalls für eine Abschaffung der Störerhaftung für offene WLAN-Netze ein.

## **Legalisierung von Filesharing**

Der freie Zugang zu Wissen und Kultur spielt eine wichtige Rolle für die Fortentwicklung der Gesellschaft. Das Internet bietet die Möglichkeit, diesen Zugang in einem nie dagewesenem Umfang zu gewährleisten. Wir setzen uns für die vollständige Freigabe der nicht-kommerziellen Vervielfältigung und Verbreitung von Werken ein.

**URHEBERRECHT  
REFORMIEREN!**

## Bürgerbeteiligung

Wir fordern eine breite Beteiligung der Menschen an Entscheidungen des Staates. Bürgerinnen und Bürger wollen nicht mehr nur alle vier Jahre ein Kreuz machen, sondern mehr Einfluss auf politische Willensbildung nehmen. Wir werden Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, die das möglich machen. Dazu braucht es mehr Aufgeschlossenheit von Verwaltung und Politik, unterstützt durch mehr geregelte Ansprüche auf Bürgerbeteiligung, etwa bei größeren Infrastrukturprojekten.

Statt Alibi-Befragungen fordern wir Beteiligung auf Augenhöhe und die rechtzeitige, konsequente Einbeziehung von Menschen mit unterschiedliche Medien und Methoden. Sinnvolle Bürgerbeteiligung muss ohne Informationsgefälle stattfinden. Sie ist nur möglich, wenn interessierte Menschen den gleichen Zugang zu Gutachten, Plänen und dergleichen erhalten, wie Entscheidungsträger, Unternehmen und Lobbyisten.

## Open Government - Was ist das?

Mit Open Government machen wir Verwaltung und Politik offener und fördern die Mitbestimmung. Wir stehen deshalb für ein gläsernes Parlament, eine transparente Verwaltung und mehr Bürgerbeteiligung.

Staatliche Entscheidungsprozesse, Einflüsse darauf und ihre Ergebnisse machen wir so für alle nachvollziehbar. Transparenz ist das wirksamste Mittel gegen Korruption und Amtsmissbrauch.

Damit machen wir weiße Westen sichtbar und schwarzen Schafen das Leben schwer. Informationen und Daten, die mit Steuergeld erstellt oder gesammelt wurden, müssen jedem Bürger zur freien Verfügung stehen.

Wir setzen uns ein für Rahmenbedingungen, durch die Bürgerbeteiligung keine Alibiveranstaltung mehr ist sondern Menschen ernst genommen werden.

## DAS FORDERN DIE PIRATEN:

### Wir setzen uns ein für

- + ein gläsernes Parlament, eine transparente Verwaltung und mehr Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe
- + die Angabe aller Nebeneinkünfte der Abgeordneten
- + die Offenlegung der Einflussnahme von Verbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen
- + die Einführung von Sperrfristen („Karenzzeiten“)
- + eine Anzeigepflicht für politisches Sponsoring
- + Offenlegung von Verträgen, die von der öffentlichen Hand abgeschlossen werden
- + Einsatz von Open Data in der Verwaltung
- + Aufnahme der Informationsfreiheit ins Grundgesetz
- + Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung

### Wir setzen uns ein gegen

- Korruption im Parlament
- verdeckte Lobbyisten, die in Ministerien an Gesetzentwürfen schreiben

# OPEN GOVERNMENT SO GEHT DAS!



**WWW.PIRATEN-ZUR-WAHL.DE**

Das ganze Wahlprogramm: <http://pir.at/wahlprogramm2013>

V.i.S.d.P: Bernd Schlömer, Piratenpartei Deutschland, Pflugstr. 9a, 10115 Berlin



**PIRATEN  
WÄHLEN**

## **Gläsernes Parlament**

### **Transparente Nebeneinkünfte**

Nur durch eindeutige Auskünfte über die Höhe und Herkunft der Nebeneinkünfte von Abgeordneten können Interessenkonflikte und Abhängigkeiten aufgedeckt werden, die dem freien Mandat der Parlamentarier entgegenstehen. Die Verschleierung tatsächlicher Einkünfte durch die bisherigen Einkommensstufen muss beendet werden.

Wir fordern eine centgenaue Angabe aller Nebeneinkünfte für alle Abgeordneten. Korruption im Parlament wollen wir endlich unter Strafe stellen, wie es die Antikorruptionskonvention der UN vorsieht.

### **Sichtbarer Lobbyismus**

Kontakte zu Interessensvertretern gehören zum politischen Willensbildungsprozess. Eine überproportionale Einflussnahme einzelner Gruppen darf dabei den demokratischen Prozess nicht untergraben und muss von außen erkennbar sein. Neben einem Lobbyregister fordern wir daher die Offenlegung der Einflussnahme von Verbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen.

Verdeckte Lobbyisten, die in Ministerien an Gesetzentwürfen schreiben, darf es nicht mehr geben. Wir wollen die gesetzgeberische Autorität des Parlaments stärken, damit Gesetze wieder von gewählten Vertretern geschrieben werden.

### **Karenzzeit für Top-Politiker**

Das politische Handeln von Mandatsträgern darf sich nicht an den möglichen Weiterbeschäftigungschancen nach der Amtszeit orientieren.

Daher fordern wir die Einführung von Sperrfristen („Karenzzeiten“) für Mitglieder der Bundesregierung, Staatssekretäre, Staatsminister und leitende Regierungsbeamte für Folgeanstellungen mit gleichem fachlichen Schwerpunkt.

## **Reform der Parteienfinanzierung**

Das Sponsoring von Parteitagungen, Parteiveranstaltungen oder überbezahlte Anzeigen in Parteimedien unterlaufen die Vorgaben für Parteispenden. Daher fordern wir eine Anzeigepflicht für politisches Sponsoring, um Zusammenhänge zwischen Sponsoring und politischem Handeln erkennbar zu machen.

Sponsorengelder müssen in den Rechenschaftsberichten der Parteien in Höhe und mit Namen benannt werden. Da die Herkunft von Dreiviertel aller Parteispenden bisher nicht öffentlich ist, sind Veröffentlichungspflichten für politische Spenden zu verschärfen.

### **Transparente Verwaltung**

#### **Offene Daten**

Wir wollen alle Daten, die durch oder für die Verwaltung erhoben und erstellt wurden, nach dem Prinzip von Open Data maschinenlesbar, kostenfrei, in offenen Formaten und frei für jede Nutzungsart veröffentlichen. Dadurch können Anwendungen entwickelt oder Visualisierungen erstellt werden, die Mehrwerte schaffen, Sachverhalte verständlicher machen, zu neuen Erkenntnissen führen und außerdem Innovationen und Arbeitsplätze in einem Zukunftsmarkt fördern.

Durch frei zugängliche Daten über Pegelstände aller Wasserstrassen und ortsgenaue Überschwemmungsgefährdungen können Betroffene, Angehörige und Helfende im Katastrophenfall Gesundheit, Leben, Hab und Gut besser schützen.

Wir fordern auch die Veröffentlichung und Kartierung von Industrie- und Verkehrslärm auf Open-Data-Basis, um Betroffenen und politischen Entscheidern die Möglichkeit zu geben, sich gezielter für Verbesserungen einzusetzen, die unmittelbar auf die Lebensqualität von Menschen einwirken.

## **Offene Verträge**

Verwaltung muss nachvollziehbarer werden, vor allem dann, wenn es um viel Geld und um Entscheidungen mit Folgen für viele Menschen geht. Wir fordern die Offenlegung von Verträgen, die von der öffentlichen Hand mit Dritten abgeschlossen werden.

Dies betrifft insbesondere Verträge, die die Daseinsvorsorge betreffen, also etwa die Privatisierung der Wasserversorgung und Verträge zu Public Private Partnerships. Wir alle haben ein Recht darauf zu erfahren, was in diesen Verträgen steht, da sie unsere Steuergelder und häufig unseren Alltag betreffen.

### **Informationsfreiheit ins Grundgesetz**

Informationsfreiheitsgesetze, wie sie auf Bundesebene und in elf Bundesländern existieren, stärken Beteiligungsrechte und -möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Aber noch immer gibt es Bundesländer ohne Informationsfreiheitsgesetz, noch immer werden viele Anfragen aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt.

Wir wollen ein Grundrecht auf freien Zugang zu hoheitlichen und fiskalischen Verwaltungsvorgängen mit streng geregelten Ausnahmen und ein gleiches Recht aller Menschen auf Zugang zu öffentlichen Informationen, unabhängig vom Wohnort. Ausnahmen müssen streng geregelt werden, damit aus der Holschuld der Bürgerinnen und Bürger eine Bringschuld des Staates wird. Möglichst viele Informationen sollen proaktiv veröffentlicht werden und frei zugänglich sein, um das Stellen von Anträgen überflüssig zu machen. Der Anspruch darauf sollte in einem Transparenzgesetz geregelt werden.



## Mehr Bürgereinfluss beim Wählen

Wir PIRATEN wollen „offene Listen“ bei Bundestagswahlen. Die Bürger sollen nicht mehr gezwungen sein, die Reihenfolge der Kandidaten auf einer Bewerberliste so akzeptieren zu müssen, wie die jeweilige Partei es sich wünscht.

**Stattdessen soll der Wähler seine Stimme gezielt an konkrete Kandidaten vergeben dürfen - dafür setzen wir uns ein!**

Die Bürger können dann viel besser entscheiden, welche Persönlichkeit sie im Parlament vertreten wird.

In unserem Modell hat jeder Wähler mehrere Stimmen und kann diese auf einzelne Kandidaten konzentrieren, beziehungsweise auf Bewerber verschiedener Parteien verteilen (Kumulieren und Panaschieren).

Mit diesem System kann der Wähler - also Du - den eigenen Willen viel stärker und direkter in das Wahlergebnis einbringen. Denn Kandidaten können ins Parlament einziehen, selbst wenn eine Partei ihnen nur einen hinteren, „aussichtslosen“ Listenplatz zugebilligt haben sollte.

Wir stärken also auch die Unabhängigkeit der Abgeordneten durch diese Wahlrechtsänderung. Ein Abgeordneter ist viel eher in der Lage, bei Entscheidungen tatsächlich seinem Gewissen zu folgen und auch gegen die Parteilinie zu stimmen, wenn sein Wiedereinzug ins Parlament nicht allein von der Partei, sondern in erster Linie von den Bürgern abhängt.

## DAS FORDERN DIE PIRATEN:

### Wir setzen uns ein für

- + mehr Bürgerbeteiligung in der Politik
- + Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in Deutschland und der EU
- + ein kommunales Wahlrecht für Mitbürger aus Drittländern
- + den Ausbau von Bürgerhaushalten
- + mehr betriebliche Mitbestimmung
- + ein Vetorecht der Bürger gegen Gesetze
- + offene Listen für die Bundestagswahl
- + mehr Unabhängigkeit der Abgeordneten

### Wir setzen uns ein gegen

- die vorherrschende Demokratieverdrossenheit
- den sogenannten „Fraktionszwang“

**DEMOKRATIE.  
DA GEHT NOCH  
MEHR!**



**WWW.PIRATEN-ZUR-WAHL.DE**

Das ganze Wahlprogramm: <http://pir.at/wahlprogramm2013>

V.i.S.d.P: Bernd Schlömer, Piratenpartei Deutschland, Pflugstr. 9a, 10115 Berlin



**PIRATEN  
WÄHLEN**

## **Demokratie wagen**

Wir setzen uns für mehr Bürgereinfluss in der Politik ein. Alle Menschen sollen am politischen Leben teilhaben dürfen und gestalten können.

Dafür brauchen wir neue Beteiligungsinstrumente.

## **Unser Programm heißt Teilhabe des Einzelnen**

Ob Euro oder Energiewende – Die wichtigsten politischen Entscheidungen müssen die Bürger künftig selbst treffen können. Deshalb sind wir für Volksentscheide in Deutschland und Europa. Die Wähler sollen auch bestimmen, wer für sie als Abgeordneter in den Bundestag einzieht (keine „anonyme“ Zweitstimme mehr!).

Mitbürger aus Drittländern sollen das kommunale Wahlrecht erhalten. Wir sind für die Durchführung von Bürgerhaushalten: Bürger machen Vorschläge zu Investitionen und Einsparungen im Bundeshaushalt.

## **Eine Partei mit lebendiger Basisdemokratie**

Wir fordern nicht nur die Demokratisierung der Politik, sondern setzen sie in unserer Partei auch um. Bei uns hat jedes Mitglied volles Stimmrecht, wenn über Anträge verbindlich abgestimmt wird – auf allen Parteitag und auch bei Urabstimmungen.

Durch diese Beschlüsse ist eine Fraktion der Piraten im Bundestag viel besser an die Parteimitglieder angebunden als bei anderen Parteien.

Unsere Initiativen wachsen also von unten nach oben. Das heißt, das Programm, das der Wähler wollte, wird auch umgesetzt. Bei uns gibt es keine geheimen Absprachen führender Politiker, die an der Basis, und damit am Wähler vorbeigehen. So bekämpfen wir PIRATEN als Mitmachpartei die Politikverdrossenheit und erneuern die Demokratie.

## **Direkte Demokratie stärken – Volksentscheide einführen**

Wir PIRATEN sind für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene.

Unser Modell: 1 Million Bürger (bei Grundgesetzänderungen: 2 Millionen) können innerhalb von 6 Monaten eine Volksabstimmung beantragen. Das Bundesverfassungsgericht soll vorab prüfen können, ob das erstrebte Gesetz gegen das Grundgesetz verstoßen würde.

Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Keine andere größere Partei ist für eine so bürgerfreundliche Regelung. Bei bestimmten Gesetzen müssen zusätzlich die Bürger in der Mehrheit der Bundesländer zustimmen. Vergleichbar mit dem Parteiengesetz, sollen Spenden oberhalb einer Bagatellgrenze, die zu Gunsten einer Volks-Initiative erfolgen, zeitnah offengelegt werden.

Eine ausgewogene Information der Öffentlichkeit über die Inhalte von Volksbegehren und Volksentscheiden ist zu gewährleisten. Vor dem Volksentscheid erhält jeder Stimmberechtigte eine Informationsbroschüre, in der die Initiative und Politik ihre Auffassungen erläutern.

**FÜR MEHR BETEILIGUNG  
FÜR MEHR DEMOKRATIE  
FÜR DEINE MEINUNG**

## **Initiative der Bürger und Referenden**

Neben dem beschriebenen Recht, eigene Gesetzentwürfe abstimmen zu dürfen, sollen die Bürger ein Veto-recht gegen Gesetze erhalten, die vom Parlament kurz zuvor beschlossen wurden.

Diese Gesetze treten nur dann in Kraft, wenn sie nicht in einer Volksabstimmung abgelehnt werden (fakultatives Referendum). Dafür ist die Sammlung von Unterschriften erforderlich.

Bestimmte EU-Reformen und alle Verfassungsänderungen müssen automatisch in einer Volksabstimmung bestätigt werden (obligatorisches Referendum).

Im Bundestag werden wir uns außerdem für EU-weite Bürgerbegehren und Bürgerentscheide stark machen, um die Europäische Union demokratischer zu machen.

Des Weiteren soll eine demokratisch gewählte Versammlung (Konvent) unter umfassender Beteiligung der Bürger eine Verfassung für die Europäische Union erarbeiten.

Wir PIRATEN setzen uns dabei für eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments ein. Die EU-Verfassung tritt nach Annahme in einem unionsweiten Referendum in Kraft.